

Rosa Luxemburg - Zwischen Demokratie und Diktatur.

Ein Beitrag zur Debatte über das Rosa-Luxemburg-Denkmal

Manfred Scharrer

Das Abgeordnetenhaus von Berlin wird sich noch im laufenden Jahr mit einem Antrag zu befassen haben, der die Errichtung eines Rosa-Luxemburg-Denkmal auf dem Rosa-Luxemburg-Platz zum Gegenstand hat. Vorangetrieben wurde dieses Vorhaben seit langem von der PDS; Unterstützung erfährt es inzwischen auch von den Grünen und von Teilen der SPD. Bislang wird an sieben Stellen in Berlin Rosa Luxemburgs gedacht. Die PDS strebt aber die Errichtung eines zentralen Luxemburg-Denkmal an, das vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden soll.

Gerade weil die Initiative für das Denkmal von der PDS ausging, lohnt es sich an eine zentrale Fragestellung im Denken von Rosa Luxemburg zu erinnern, die in diesem Zusammenhang und in Hinblick auf die Geschichte der SED/PDS nach wie vor von Bedeutung ist. Es handelt sich dabei um die Frage nach der politischen Verfassung einer sozialistischen Gesellschaft, die Rosa Luxemburg in der alternativen Begrifflichkeit von Demokratie und Diktatur diskutiert hat.

Bis zur russischen Oktoberrevolution 1917, genauer bis zur politischen Machteroberung durch die bolschewistische Partei, war trotz aller Differenzen in den Reihen der Sozialisten der Zweiten Internationale und trotz der tiefen Spaltung und Feindschaft, die das unterschiedliche Verhalten der Sozialisten zum ersten Weltkrieg verursacht hatte, wenigstens die gemeinsame Grundüberzeugung erhalten geblieben, daß die zukünftige sozialistische Gesellschaft nur in der Form einer demokratischen Republik verwirklicht werden könne. Diese Vorstellung war so selbstverständlich, daß darüber in der Vorkriegs-Sozialdemokratie nicht diskutiert zu werden brauchte. Gleichermäßen selbstverständlich war es, daß das erste Wort einer Revolution immer die Einberufung einer Konstituante, einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung sein mußte. Ganz in diesem Sinne gehörten die Bolschewiki nach der Februarrevolution 1917 zu denjenigen, die am entschiedensten die Einberufung der Konstituante forderten. Konsequenterweise hielten sie an der Konstituante auch dann noch fest, als sie bereits die politische Macht erobert hatten. Das sollte sich schnell ändern: Drei Wochen nach dem „Sturm auf das Winterpalais“ fanden die Wahlen zur Konstituante statt. Zur großen Enttäuschung der Bolschewiki stellte ihre Partei in dieser Versammlung nur eine vergleichsweise schwache Minderheit. Von insgesamt etwa 700 Sitzen entfielen auf die Partei der Bolschewiki nur 168. Die berüchtigte Machtfrage war gestellt. Noch am Tage des Zusammentritts, jagten die Bolschewiki die Konstituante mit Waffengewalt wieder auseinander.

Aus welchen guten oder eher schlechten Gründen die Bolschewiki sich dafür entschieden, die einmal errungene politische Macht nicht wieder aus den Händen zu geben oder sie mit anderen Parteien zu teilen, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Auch eine Wertung dieser historischen Entscheidung unterlasse ich zunächst. Kein Zweifel kann jedoch daran bestehen, daß mit dieser Entscheidung ein prinzipieller Bruch mit der demokratischen Tradition des Sozialismus in Europa vollzogen wurde.

Für unser Thema ist entscheidend, daß die Bolschewiki sich nicht damit begnügten, ihre Entscheidung aus der Not der Verhältnisse heraus zu begründen, sondern dazu übergingen, aus ihrer Not eine Tugend zu machen, das heißt, sie proklamierten die Diktatur des

Proletariats in Form einer Einparteiendiktatur als die einzig authentische Auslegung des Marxismus. Wer hinfür etwas anderes behauptete, war entweder ein Verräter oder ein Konterrevolutionär. Hier beginnen der Aufschrei und Einspruch von Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und anderen.

Es ist Rosa Luxemburg, die in ihrem Manuskript „Zur russischen Revolution“ die wohl radikalste und schärfste Kritik an den Bolschewiki formulierte. In diesem Text verteidigt Luxemburg gegenüber Lenin und Trotzky das alte demokratische Selbstverständnis der Sozialisten mit den überzeugendsten Formulierungen, die wohl von sozialistischer Seite jemals für die Prinzipien einer demokratischen Republik vorgetragen wurden. Allgemeines Wahlrecht, Parteienpluralismus, Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sind für sie die Eckpfeiler einer politischen Verfassung, auf die auch eine sozialistische Gesellschaft nicht verzichten kann. Unübertroffen ist ihre liberale Freiheitsdefinition, deren Grundlage das Bekenntnis zu einer Mehrparteien-Demokratie ist: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein - ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“¹

Es ist ohne weiteres evident, daß hier ein radikaler demokratischer Gegenentwurf zum Modell einer Einparteiendiktatur formuliert ist. Verständlich ist auch, warum dieser Text in der Vergangenheit besonders den marxistisch-leninistischen bzw. stalinistischen Parteien so verhaßt war. Als es nicht mehr möglich war, ihn zu unterdrücken, wurde ein erheblicher Aufwand betrieben, gerade diese Formulierungen als „Irrtum“ Rosa Luxemburgs nachzuweisen.

Luxemburgs Kritik an der Politik der Bolschewiki und das von ihnen errichtete Herrschaftssystem bezieht sich jedoch nicht nur auf die politische Verfassung. Nicht weniger radikal ist ihre Ablehnung der bolschewistischen Wirtschaftspolitik. Rosa Luxemburg ist entsetzt darüber, daß die Bolschewiki die von den Arbeitern in der Revolution geschaffenen Selbstverwaltungsorgane in den Fabriken zerschlagen, daß die Betriebe der „diktatorischen Gewalt der Fabrikaufer“ unterstellt und die Arbeiter mit drakonischen Strafen, mit Terror und Geheimpolizei gezwungen werden, nach der Pfeife der Parteiführung zu tanzen.

In diesem Zusammenhang legt Luxemburg nun ein für sie und die meisten sozialistischen Theoretiker völlig ungewöhnliches Bekenntnis ab, daß nämlich die bisherige sozialistische Theorie überhaupt keine konkrete Vorstellung entwickelt hat, wie eine sozialistische Gesellschaft auszusehen habe, und eine solche Vorstellung auch gar nicht als Kopfgeburt von Intellektuellen oder Parteiführern möglich sei. Der Satz, „die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems“ sei eine Sache, „die völlig im Nebel der Zukunft“ liege,² ist für mich eine der wichtigsten Äußerungen in diesem Text. Wenn man ihren erkenntnistheoretischen Standpunkt zunächst teilt, daß eine sozialistische Gesellschaft nur aus der „Schule der Erfahrung“ der Menschen entwickelt werden könne, dann wird hier klar, warum Rosa Luxemburg so vehement die demokratischen Prinzipien verteidigte. Denn nur unter einer politischen Verfassung, in der „unbeschränkte politische Freiheit“ und „uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung“³ herrschen, ist für sie ein Lernprozeß in Richtung Sozialismus vorstellbar:

¹ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution; in: Gesammelte Werke, Bd. 4; Berlin 1974; S. 358.

² Ebd.; S. 359.

³ Ebd.; S. 362.

„Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne.“⁴

Für Luxemburg haben die Bolschewiki nicht die bürgerliche Demokratie einer Rätedemokratie geopfert, sondern sie opferten bürgerliche und Rätedemokratie ihrer Parteidiktatur.

Nähme man nur diese Teile des Textes, dann läge hier ein radikaler Gegenentwurf zu einer Einparteiendiktatur, ja einer jedweden Diktatur vor, und meiner - und wie ich hoffe auch unserer - uneingeschränkten Zustimmung würde nichts im Wege stehen. So eindeutig nun diese Aussagen auf den ersten Blick scheinen, so schillernd werden sie, wenn sie im Zusammenhang mit anderen Äußerungen des gleichen Textes gesehen werden. Oft wird von unabhängigen Linken oder Sozialdemokraten, die Rosa Luxemburg für sich beanspruchen, übersehen, daß neben ihrem eindrucksvollen Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien ein nicht weniger entschiedenes Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats steht. (Umgekehrt hat die bolschewisierte KPD und SED die demokratische Seite Rosa Luxemburgs unter den Teppich gekehrt, bzw. den gesamten Text jahrzehntelang im Giftschrank verwahrt.)

Luxemburg ist begeistert von der Parole „Alle Macht den Räten“ und sie glaubt darin zu erkennen, daß die Bolschewiki das „ganze und weitgehendste revolutionäre Programm“ aufgestellt hätten: „Nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats, zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus.“⁵

Rosa Luxemburg scheint gespürt zu haben, daß es nicht angehen könne, Demokratie und Diktatur im gleichen Atemzug zu preisen, jedoch waren die eindeutigen Positionen, war die Alternative entweder Diktatur (Lenin) oder Demokratie (Kautsky) bereits von Personen besetzt, mit denen sie lange schon auf Kriegsfuß stand. Mit der gänzlich unbestimmten metaphorischen Aussage: „Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht“⁶ glaubte sie, die Richtung gefunden zu haben. Diese Formel könnte noch dem klassischen Verständnis der Sozialdemokratie entsprechen, wonach der Sozialismus im Rahmen der bürgerlich demokratischen Republik die soziale Ungleichheit und Unfreiheit überwindet, und so zur sozialistischen Demokratie/Republik wird. Das entspräche ihrer Bemerkung:

„Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den harten Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen.“⁷

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.; S. 341.

⁶ Ebd.; S. 358.

⁷ Ebd.; S. 363.

„Sozialistische Demokratie“ beginnt für sie dabei mit dem Moment der Machtergreifung durch die sozialistische Partei. So weit so klar. Verwirrung entsteht jedoch dann, wenn Luxemburg die sozialistische Demokratie gleichzeitig mit dem Begriff der „Diktatur des Proletariats“ belehnt. Unübersehbar ist dabei, daß sie fürchtet, mit dieser Art Formulierungskunst in die Nähe des Diktaturmodells von Lenin und Trotzky zu geraten. Sie versichert deshalb ausdrücklich: „Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung.“⁸

Es kann bei diesen Versuchen, am Begriff der Diktatur des Proletariats festzuhalten und gleichzeitig demokratische Überzeugungen nicht preisgeben zu wollen, nicht übersehen werden, daß Rosa Luxemburg ein heillooses begriffliches Verwirrspiel eröffnet und sich in Formelkompromisse flüchtet. Die Grundfragen einer demokratischen Republik seit der Französischen Revolution - wie z.B. Gewaltenteilung - werden nicht einmal ansatzweise erörtert.

Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle, daß die Grundlagen zu diesem Verwirrspiel Marx und Engels gelegt haben. Besonders die Formulierung von Engels, die demokratische Republik sei „sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“,⁹ verwischte die Grenze zwischen Demokratie und Diktatur auf gefährliche Weise.

Nichts sollte uns daran hindern, begriffliche Ungereimtheiten als solche zu benennen und ihnen nicht mit dem Adjektiv „dialektisch“ noch eine höhere Weihe zu verleihen, wie dies so oft geschehen ist. Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki ist begrifflich gekennzeichnet durch einen Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur, der nicht dadurch aufgelöst werden kann, daß Diktatur schlicht als Demokratie definiert wird.

Die Novemberrevolution in Deutschland zeigt, wie Luxemburg diesen Widerspruch auflöst: Als das Wilhelminische Reich zusammenbrach und die politische Macht allein an die Vertreter der sozialistischen Arbeiterbewegung überging, rief die Führung der Mehrheitssozialdemokratie - ganz in Übereinstimmung mit den tradierten Vorstellungen - nach der schleunigen Einberufung der Konstituante, der Nationalversammlung. Ein Teil des linken Flügels der USPD hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits jedoch von dieser Vorstellung verabschiedet. Er lehnte die Einberufung einer Nationalversammlung ab und forderte die Diktatur des Proletariats in Form eines Rätessystems. Die Streitfrage „Nationalversammlung oder Rätessystem“, „demokratische Republik oder Diktatur des Proletariats“ wurde zur überragenden Streitfrage der Novemberrevolution.

Rosa Luxemburg griff am 18. November öffentlich - mit einem Artikel in der „Roten Fahne“ - in diese Auseinandersetzung ein. Ohne auch nur mit einem Wort auf ihre demokratischen Überzeugungen einzugehen, die sie noch vor wenigen Wochen in ihrer Kritik an den Bolschewiki formuliert hatte, machte sie sich nun zum schärfsten Wortführer derjenigen, die die Nationalversammlung und den Aufbau einer demokratischen Republik bekämpften. Die Konstituante, die sie gegenüber den Bolschewiki so vehement verteidigte, ist für sie nun ein „überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen“ und eine „Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom einigen Volk, von der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit' des bürgerlichen Staates“¹⁰. Für sie ist jetzt ein Mensch, der die Einberufung der Nationalversammlung fordert, „ein verkappter Agent

⁸ Ebd.

⁹ Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-Entwurfs 1891; in: MEW, Bd. 22; S. 235.

¹⁰ Rosa Luxemburg: Die Nationalversammlung; in: Gesammelte Werke, Bd. 4; S. 409.

der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums“¹¹. Nachdem sie auf diese Weise die Nationalversammlung, die demokratische Republik als Verrat am Sozialismus definiert hatte, stellte sie die Alternative auf: „Für oder gegen den Sozialismus, gegen oder für die Nationalversammlung, ein Drittes gibt es nicht.“¹²

Dies formuliert sie im vollen Bewußtsein, daß eine solche Politik die Konsequenz des Bürgerkrieges in sich trägt. Doch gerade diese Konsequenz bejaht sie mit den stärksten Worten. Umkehrt sind Leute wie Friedrich Ebert, die - durch das Russische Lehrstück gewarnt - alles versuchen wollen, um Deutschland einen Bürgerkrieg zu ersparen, Feiglinge und Waschlappen. Bei ihr geschieht alles mit Berufung auf die revolutionären Massen. Doch für ein massenhaftes Sehnen nach Bürgerkrieg konnten weder Historiker noch die empirische Sozialforschung bis heute Anhaltspunkte finden. Die Wahlergebnisse zur Nationalversammlung am 19. Januar sprechen eine ziemlich eindeutige Sprache.

Im Unterschied zu ihrer Position, wie sie in der Kritik an den Bolschewiki formuliert ist, wo sie an der bürgerlichen Demokratie als unverzichtbarer Bestandteil einer sozialistischen Gesellschaft festhielt, und in der klassischen Denkfigur eines Kompromisses formulierte: sowohl Demokratie als auch Diktatur, verkündet Luxemburg nun die Alternative: entweder „bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie.“¹³ Diktatur des Proletariats ist bei ihr nicht mehr länger Demokratie, sondern „das ist Demokratie im sozialistischen Sinne“.¹⁴ An anderer Stelle spricht sie sogar davon, daß die Diktatur des Proletariats „die wahre Demokratie“¹⁵ sei.

Was immer die Gründe für Rosa Luxemburgs Gesinnungswandel gewesen sein mögen, die Abkehr von der demokratischen Republik kennzeichnet - wie schon bei den Bolschewiki - den grundsätzlichen Bruch in der Geschichte der demokratischen sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie bestätigte damit den Bolschewismus Vorwurf in einem ganz entscheidenden Punkte, obwohl es für sie immer noch viel Trennendes gab. Die Forderung nach einer politischen Klassendiktatur stellte die Spaltung der Arbeiterbewegung auf eine neue Grundlage, die alle Hoffnungen, nach dem Kriegsende wieder zur alten Einheit zurückkehren zu können, zunichte machte. Die Spaltung der Arbeiterbewegung beginnt erst mit diesem Bruch unversöhnlich zu werden. Die Gründung der KPD zum Ende des Jahres 1918 ist nur noch die organisatorische Konsequenz dieses inhaltlichen Bruches. Rosa Luxemburg ist sich der Tragweite ihrer Wendung bewußt und widmet ihr Grundsatzreferat auf dem Gründungsparteitag der KPD dem Versuch, den Bruch mit dem „Erfurter Programm“ der Sozialdemokratie theoretisch zu rechtfertigen bzw. zu begründen.

Es mag hier eingewandt werden, Luxemburg habe sich auf dem Gründungsparteitag der KPD für eine Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen und damit doch eine Revision ihrer starren Haltung vorgenommen. Übersehen wird hier, daß sie das tat unter Berufung auf ihre prinzipielle Gegnerschaft zur Nationalversammlung. Sie wollte die Nationalversammlung“ als gegenrevolutionäres Bollwerk“ nicht nur von außen, „von der Straße“ her bekämpfen, sondern auch von innen heraus. Nur deshalb konnte sie aus ihrer Abstimmungsniederlage (die Delegierten sprachen sich gegen eine Wahlbeteiligung aus) keine Konsequenzen ziehen.

¹¹ Ebd.

¹² Rosa Luxemburg: Der Parteitag der Unabhängigen SP; ebd.; S. 427.

¹³ Rosa Luxemburg: Die Nationalversammlung; ebd.; S. 409.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? Ebd.; S. 447.

Es könnte nun gesagt werden, Rosa Luxemburg war eben keine Anhängerin der bürgerlichen Demokratie, aber sie war immerhin Anhängerin einer proletarischen Demokratie. Also, wenn man so will, Anhängerin demokratischer Freiheiten innerhalb des proletarischen Lagers, innerhalb einer Klassendiktatur des Proletariats. Leider läßt sich auch dies weder durch ihre Schriften noch durch ihr praktisches Verhalten in der Novemberrevolution bestätigen.

Auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 entschieden sich die Delegierten mit großer Mehrheit (344:98) für die schnelle Einberufung der Nationalversammlung und für die demokratische Republik, d.h. gegen die Diktatur des Proletariats in Form eines Räteystems. Es war dies die historische Entscheidung einer revolutionären Institution, der auch Rosa Luxemburg - zu Beginn des Kongresses - das Recht zugestand, gerade in dieser Streitfrage zu entscheiden. Nach getroffener Entscheidung waren die Delegierten für sie nun keine revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte mehr, sondern Verräter, Konterrevolutionäre, schlicht „Eberts Mamelucken“. Luxemburg akzeptierte die Entscheidung des Rätekongresses nicht und entfaltete weiter eine wüste Polemik gegen die Nationalversammlung und natürlich gegen ihre entschiedenen Befürworter bei USPD und MSPD. Auch wenn man diese „in Blei geronnenen Schreikrämpfe“ nicht auf die Goldwaage legte, lief diese Politik in Gefahr, putschistische Konsequenz zu zeitigen. Als sich im Januar unter dem Eindruck einer riesigen Protestdemonstration Liebknecht und Pieck vom Spartakusbund und Teile der Obleute entschlossen, die legitime Revolutionsregierung zu stürzen, soll Luxemburg intern gegen diesen Putschversuch gewesen sein. Nach außen, in der Öffentlichkeit, in der „Roten Fahne“, gehörte sie jedoch zu den schrillsten Agitatoren dieses hoffnungslosen Aufstandsversuchs und mußte auch die politische Verantwortung dafür übernehmen. (Wie umgekehrt die sozialdemokratische Revolutionsregierung die politische Verantwortung für die Ermordung von Rosa Luxemburg übernehmen mußte.)

Die Bedeutung der demokratischen Weimarer Republik entschlüsselt sich von ihrem Ende 1933 her: Wenn nach weitgehend übereinstimmender Einschätzung der Sieg der Nationalsozialisten hätte verhindert werden können durch eine entschiedeneren Verteidigung der Demokratie und wenn die Kritik an der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften lautet, daß sie viel zu wenig getan haben, um die Republik zu verteidigen, dann stellt die Politik der KPD, die sich zum ersten Ziel die Beseitigung der demokratischen Republik gesetzt hatte, eine einzige Katastrophe dar.

Es bleibt das zweifelhafte Verdienst Rosa Luxemburgs, die antidemokratische Grundhaltung der KPD theoretisch begründet, die KPD von vornherein grundsätzlich gegen die demokratische Republik eingestellt zu haben, und das in einer Situation, wo alles darauf angekommen wäre, die Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung der demokratischen Republik zu legen. Im Gegensatz dazu bleiben hellsichtige Formulierungen über die verhängnisvollen Folgen einer sozialistischen oder kommunistischen Einparteiendiktatur, die mir Gültigkeit zu haben scheinen für jede Form von Diktatur, sei sie links oder rechts gestrickt. Jedoch: Das letzte Wort Rosa Luxemburgs war nicht Demokratie, sondern Diktatur.